

db fragt nach

Die Energieeinsparung und die energetische Sanierung sind seit einigen Jahren Dauerthema bei Tagungen für Architekten, »Denkmalschutz versus Klimaschutz« dabei die gern verwendete und zwischenzeitlich ausgediente Parole. Wir versuchten herauszufiltern, was vielleicht noch im Verborgenen liegt, was dringend oder vermehrt diskutiert werden muss, wo die Meinungen auseinanderdriften und wo Übereinstimmung herrscht - und schickten aus diesem Grund fünf in der Sanierung erfahrenen Architekten, den Präsidenten der Bundesarchitektenkammer und der Vereinigung freischaffender Architekten sowie der dena drei Fragen:

[1] Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten Schwierigkeiten bei der energetischen Sanierung?

[2] Was ist DAS große Thema bei der energetischen Sanierung?

[3] Was muss sich als Erstes ändern?

Auch wenn die Schwerpunkte in den Antworten meist unterschiedlich gesetzt wurden, zeigt die Sammlung Übereinstimmungen, benennt zu Recht beanstandete Unverhältnismäßigkeiten und zeigt Möglichkeiten bis hin zur Idee einer Abrissgebühr bzw. eines Gebäude-Erhaltungsfonds auf. Die Diskussion zum Thema Energetisch Sanieren sollte folglich nicht enden, aber sie muss sich anderer Schlagworte bedienen und v.a. mit jenen in unserer Gesellschaft geführt werden, die mit in der Verantwortung stehen. Brauchen wir daher vielleicht in naher Zukunft doch ein übergeordnetes Energieministerium, das alle Belange bündelt, Vorschläge ohne den Einfluss von Lobbyisten auf ihre Machbarkeit prüft und über wechselnde Regierungsparteien hinweg umsetzen kann?

[1] Für die Sanierung der Feuerwache in Hamburg-Wilhelmsburg wagten sich Dittert & Reumschüssel erstmals an eine WDVS-Beschichtung aus Klinkerriemchen

[2] Stefan Forster baute in Halle-Neustadt im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau 2010 125 Plattenbauwohnungen um

*Thomas Dittert,
Architekt in Hamburg und Hannover:*

[1] Es gibt eine Summe vieler Hindernisse, die u. a. die Wirtschaftlichkeit, Investitionsanreize oder die Stadtbildverträglichkeit betreffen: Z. B. werden Investitionskosten nicht durch Verbrauchssenkungen aufgefangen, Investoren profitieren bei Fremdnutzung oft nicht von Einsparungen, manche vermeintlichen Energieeinsparmaßnahmen sind nur bedingt energetisch wirksam und schützenswerte Fassaden verschwinden hinter Dämmungen. Das EnEV-Berechnungsverfahren ist für belastbare Einsparvorhersagen ungeeignet und der Einsatz regenerativer Energien im Sanierungsbereich unterrepräsentiert.

[2] Der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis wächst: Die Sanierungsrate ist viel zu gering, die Praxis folgt den steigenden Anforderungen nicht. Die Abweichungen zwischen berechnetem Energiebedarf und tatsächlichem Verbrauch sind erheblich und ein Zusammenspiel von Bautechnik, TGA und Energieversorgung ist vielfach nicht erkennbar. Viel zu selten wird evaluiert oder aus Erfahrungen und Geschaffenem gelernt. Das Verfehlen des Klimaschutzziels 2020 scheint somit garantiert!

[3] Die Energiewende hin zur regenerativen und effizienten Energieversorgung muss wesentlich schneller vollzogen und eine »U-Wert-Olympiade« an Gebäuden vermieden werden. Gleichzeitig ist der Aufbau saisonaler Speicher und die Nutzung von Abwärme (»Gebäude als Kollektoren«) wichtig – darauf sollten dann regenerative, partizipatorische Versorgungssysteme für ganze Quartiere und Stadtteile basieren.

*Stefan Forster,
Architekt in Frankfurt a. M.:*

[1] Durch die EnEV und die deutsche Förderlandschaft hat sich in unserem Lande ein wahrer Boom in der energetischen Sanierung entwickelt, der in den letzten Jahren zu teilweise städtebaulich, baukünstlerisch und wohnungspolitisch falschen Entwicklungen geführt hat. Wo man auch hinschaut, werden



2

Häuser zugeklebt. Eine genauere Differenzierung der Maßnahmen fehlt. Oftmals ist eine umfangreiche energetische Sanierung weder ökologisch, ökonomisch, städtebaulich, noch wohnungspolitisch sinnvoll. Es fehlt eine gesamtgesellschaftliche übergeordnete Betrachtung.

[2] Das bedeutet, dass man z.B. Gründerzeitbauten völlig einpackt, dass Sandsteingewände und Fensterbänke verschwinden und durch banale Alu-Fensterbänke ersetzt werden. Unser historisches Stadtbild wird durch Pappfassaden ersetzt – ein kultureller Verlust. Auf der anderen Seite werden wahllos städtebaulich fragwürdige und grundrisstechnisch schlechte 50er-Jahre-Gebäude hochgerüstet. Bei allen Maßnahmen muss man sich immer die Frage des Primärenergieeinsatzes stellen, dieser muss zum Bewertungsmaßstab werden. Polystyrol besteht zu über 90 % aus Öl. Hatten die energetischen Sanierungen nicht ursprünglich den Sinn, den Primärenergieeinsatz zu reduzieren?

[3] Bei allen Fördergeldbewilligungen muss es zu einer übergeordneten Betrachtungsweise und somit zur Kontrolle der Maßnahmen kommen. Spezifisch für das zu sanierende Objekt muss die Sinnfälligkeit der zu fördernden Einzelmaßnahmen überprüft werden. Hierbei sollte unbedingt davon abgesehen werden, einen vorgegebenen Richtwert zu erreichen. Bei einem Gründerzeitgebäude reicht es z. B. vielleicht schon, wenn man Keller- und Dachdecke dämmt und die Anlagentechnik erneuert. Bei einem 50er- oder 60er-Jahre-Bau kann es oftmals besser sein, ihn zu ersetzen, weil man durch Neubau eine höhere Verdichtung und zeitgemäße Grundrisse erhält.

Sigurd Trommer,

Dipl.-Ing. und Präsident der Bundesarchitektenkammer:

[1] Die energetische Sanierung und damit der Beitrag zu der von der Bundesregierung erklärten Energiewende muss für alle Beteiligten machbar, bezahlbar und wirtschaftlich sein und auch die regional sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen (Wohnungsnachfrage, alternde Gesellschaft, Standortqualität, Migrationshintergründe) berücksichtigen. Der Aufwand zur Verminderung des Energiebedarfs muss daher in einem sinnvollen Verhältnis zu den Gesamt-

kosten stehen (...). Gleichzeitig muss mehr über energetische Maßnahmen aufgeklärt und für sie geworben werden. Dazu gehört besonders, sie in Einklang mit baukulturellen Anforderungen zu bringen. Denn wer will schon in einem zwar energetisch mustergültig funktionierenden, aber sonst absolut hässlichen oder an schlechtem Standort stehenden Gebäude wohnen oder arbeiten? (...). Da die Grenzen der Wirtschaftlichkeit im Gebäudebereich bereits mit der EnEV 2009 erreicht sind, fordert die BAK die Bundesregierung auf, auf Verschärfungen und unnötige Bürokratie in der Novelle EnEV 2012/2013 zu verzichten.

[2] (...) Die inzwischen große Vielfalt der Förderprogramme sowie die vielen Fragen hinsichtlich einer gestalterisch und wirtschaftlich nachhaltigen Lösung wirken auf Bauherren verwirrend und bedürfen eingehender Beratung sowie Planung der geeigneten Sanierungsmaßnahmen. Daher ist ein breites Spektrum an integraler Fachkompetenz rund um die energetische Planung sowohl im Neubau als auch im Bestand, aber auch in Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung erforderlich. (...)

[3] Damit die Energiewende gelingt, müssen Maßnahmen zur Effizienzsteigerung im Gebäudebereich und die Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien gleichermaßen verfahrenstechnisch und finanziell unterstützt werden. Beide Bereiche sparen annähernd gleich viel Kohlendioxid ein (...). Wird die derzeitige Sanierungsrate nicht auf 2 % verdoppelt, werden die vereinbarten Ziele zur Energiewende nicht erreicht. Bauherren muss daher ein deutlicher Ansporn zu mehr Investitionen in energetische Maßnahmen gegeben werden. Die BAK appelliert deshalb an die Bundesregierung, diese insbesondere durch steuerliche Anreize zu fördern sowie die KfW-Förderprogramme auf mind. 2 Mrd. Euro jährlich aufzustocken und diese ebenso wie die Städtebauförderung zu verstetigen.

Andreas Hild,
Architekt in München:

[1] Bisher wird die energetische Sanierung – aus Sicht des einzelnen Investors verständlicherweise – fast ausschließlich unter dem Aspekt der kurzfristigen Nebenkostenersparnis gesehen. Das für unsere Gesellschaft langfristig überlebensnotwendige Ziel der CO₂-Einsparung steht damit zu wenig im Focus der Entscheidungen. Hierzu müsste auch der energetische Aufwand, den die verwendeten Baustoffe bzw. deren Entsorgung mit sich bringen, sprich die gesamte CO₂-Bilanz, Eingang in die Kalkulation finden.

[2] Wenn wir gesamtgesellschaftliche Energieziele verfolgen wollen, müssen wir zu einer angemessenen Lastenverteilung kommen. Hierzu ist die in einem Gebäude gebundene Graue Energie zu berücksichtigen. Diese Größe muss sich auch finanziell innerhalb der Wertschöpfungskette von Immobilien abbilden. Denkbar wäre beispielsweise eine Art Fond, in den einzuzahlen hätte, wer Gebäude vor dem Erreichen einer bestimmten „Abschreibungsfrist“ abrechnen will. Mit den so gewonnenen Geldern könnte man dann Umverteilungen zu denjenigen Immobilienbesitzern organisieren, die die Graue Energie – bzw. das Gebäude – über den Abschreibungszeitpunkt hinaus erhalten.

[3] Als Erstes ändern muss sich die Vorstellung, dass die in einem Gebäude enthaltene, gesamtgesellschaftlich erbrachte Energie ein Gut ist, über das der Besitzer aufgrund von rein privaten Überlegungen verfügen kann! >